



N i e d e r s c h r i f t

über die 7. öffentliche Sitzung des Gesundheitsausschusses in der Wahlperiode 2023/2027 am 19.02.2025

Sitzungsraum: Stadthaus 1, Raum 237, großer Sitzungssaal
Beginn: 16:00 Uhr
Ende: 17:47 Uhr

Teilnehmer/innen:

Ausschussvorsitzende
Frau Stadträtin Toense

SPD-Fraktion
Frau Stadtverordnete Batz
Herr Stadtverordneter Caloglu
Herr Stadtverordneter Hoffmann
Frau Stadtverordnete Wittig

CDU-Fraktion
Frau Stadtverordnete Dertwinkel
Herr Stadtverordneter Schott
Frau Stadtverordnete Steinbach

Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN + P
Herr Stadtverordneter Baumann-Duderstaedt

BD-Fraktion
Herr Stadtverordneter Stark

WfB-Fraktion
Herr Stadtverordneter Schumacher

FDP-Fraktion
Herr Stadtverordneter Freemann

Fraktion DIE MÖWEN
Frau Stadtverordnete Brand

AfD-Gruppe
Herr Stadtverordneter Koch

ab 16:37 Uhr anwesend

Weitere Teilnehmer/innen:

Gesundheitsamt:	Herr Dr. Ackermann Herr Schröder Frau Huwig
Rechnungsprüfungsamt:	Frau Meyer
Gesamtpersonalrat:	Frau Reck
Personalrat Soziales, Familie, Gesundheit und Sport:	Herr Zager
Schwerbehindertenvertretung:	nicht anwesend
Frauenbeauftragte für Soziales, Familie, Gesundheit und Sport:	entschuldigt

Die Ausschussvorsitzende eröffnet die 7. öffentliche Sitzung des Gesundheitsausschusses.

Herr StV Schott (CDU) wird als neues Mitglied im Gesundheitsausschuss begrüßt.

Die Sitzungsunterlagen wurden form- und fristgerecht zugestellt. Die Beschlussfähigkeit des Ausschusses wird festgestellt.

Die Tagesordnung wird einstimmig angenommen.

1. Einwohnerfragestunde

Keine.

2. Genehmigung der Niederschrift der 6. öffentlichen Sitzung des Gesundheitsausschusses in der Wahlperiode 2023/2027 am 27.11.2024 GA 1/2025

Der Gesundheitsausschuss genehmigt die Niederschrift in der beigefügten Fassung mit zwei Enthaltungen von Frau StV Brand (DIE MÖWEN) und Herrn StV Schott (CDU).

3. Sachstandsbericht gemäß § 49 Abs. 2 GOSTVV GA 2/2025

Der Gesundheitsausschuss nimmt den Sachstandsbericht in der vorgelegten Fassung zur Kenntnis.

4. Haven Hospiz Bremerhaven, Vortrag des Vorstandes

Frau Schneider-Smietana und Herr Krebs stellen sich vor. Beide sind seit dem 01.05.2024 gemeinsame Geschäftsführer der mission:lebenshaus gGmbH. Frau Bumann wird ebenfalls vorgestellt. Sie ist seit dem 01.01.2025 die Bereichsleitung der mission:lebenshaus gGmbH.

Anhand einer Präsentation wird das Haven Hospiz vorgestellt. Das Haven Hospiz ist eines von sechs Häusern, die sie mit der gemeinnützigen Gesellschaft betreiben.

Das Haven Hospiz verfügt über acht Gastzimmer. Eine Besonderheit im Haven Hospiz ist das Familienapartment.

Die erste Gastaufnahme fand am 24.04.2023 statt. Seit der Eröffnung wurden im Haven Hospiz 197 Gäste betreut. Im Eröffnungsjahr 2023 waren es 55 Gäste (27 Frauen und 28 Männer), 2024 waren es 128 Gäste, in den ersten Wochen des Jahres 2025 sind es bereits 22 Gäste.

Im Durchschnitt sind die Gäste etwa 74 - 75 Jahre alt. Die durchschnittliche Aufenthaltsdauer im Haven Hospiz beträgt 20 - 22 Tage.

Wenn ein Gast verstirbt und dieser nicht sofort überführt werden kann oder soll, weil die Angehörigen sich nicht verabschieden konnten, bietet das Haven Hospiz den Angehörigen die

sogenannten Abschiedstage an. Da mit dem Tod die Zahlungen der Krankenkasse enden und das Gastzimmer an den Abschiedstagen nicht neu belegt werden kann, sind dieses unbezahlte Tage. Im Jahr 2023 hatte das Haven Hospiz 29 Abschiedstage, d. h. Kosten von rund 17.000 €, die nicht refinanziert wurden. Im Jahr 2024 gab es 67 Abschiedstage, hier belaufen sich die Kosten auf fast 40.000 €. Diese Beträge müssen über Spenden finanziert werden.

Durch die Krankenkassen werden 95 % der Kosten refinanziert. Die restlichen Kosten z. B. spezielle Räumlichkeiten, Familien-/Zugehörigenzimmer und die Versorgung der Zugehörigen während des Aufenthalts werden nicht anerkannt. Diese Kosten müssen durch andere Gelder bzw. Spenden finanziert werden.

Pro Jahr benötigt das Haven Hospiz im Schnitt 225.000 € an Spenden und Zuwendungen.

Herr Krebs bietet den Ausschussmitgliedern an, sich das Hospiz gerne mal anzuschauen.

Die Präsentation ist als Anlage beigefügt.

Die Ausschussvorsitzende bedankt sich bei Frau Schneider-Smietana und Herrn Krebs für die ausführliche Vorstellung des Haven Hospiz.

Herr StV Baumann-Duderstaedt (Bündnis 90/DIE GRÜNEN + P) erkundigt sich nach der palliativärztlichen Versorgung der Gäste. Frau Schneider-Smietana teilt mit, dass es in Bremerhaven eine gute palliativärztliche Versorgung gibt, die auf einer guten Netzwerkarbeit basiert.

Frau StV Brand (DIE MÖWEN) fragt, ob das Spendenziel von 225.000 € im Jahr 2024 erreicht wurde. Frau Schneider-Smietana teilt mit, dass im Jahr 2024 Spenden in Höhe von insgesamt 140.000 € eingenommen worden sind. Diese Summe ist auf eine hohe Spendenbereitschaft der Zugehörigen zurückzuführen. Es wurde noch einmal hervorgehoben, wie wichtig die Spendenakquise für eine funktionierende Hospizarbeit ist.

Auf die Nachfrage von Herrn StV Schott (CDU) zum Umgang bei drohender Überbelegung wird mitgeteilt, dass durch die funktionierende Netzwerkarbeit in solchen Fällen oftmals im Verbund weitergeholfen werden kann, zusätzlich gibt es eine Warteliste.

Auf die Frage von Herrn Ionescu (Migrationsrat) wird mitgeteilt, dass auf die verschiedenen Bedürfnisse der Gäste insbesondere hinsichtlich religiöser Bräuche individuell eingegangen wird.

Herr StV Freemann (FDP) erwähnte die regelmäßigen Treffen der Koalitionäre mit der Geschäftsführung des Haven Hospiz sowie die Relevanz der Netzwerkarbeit, die vom Hospiz ausgeht. Die Vertreter:innen des Haven Hospiz bestätigen eine gute Netzwerkarbeit vor Ort und geben den Hinweis, dass zukünftig eine Unterstützungsstruktur als „Freundeskreis“ aufgebaut werden soll, für den aktive Bremerhavener:innen gesucht werden.

Herr StV Hoffmann (SPD) weist zusätzlich auf den Palliativverein hin, für den aufgrund seiner Wichtigkeit Werbung betrieben werden sollte.

Frau StV Dertwinkel (CDU) begrüßt die gute Netzwerkarbeit des Hospizes und bedankt sich insbesondere bei den Mitarbeiter:innen und Ehrenamtlichen.

5. Bericht der Kassenärztlichen Vereinigung Bremen bezüglich der Einrichtung eines Eigenbetriebes, Vortrag durch: Herrn Josenhans

Herr Josenhans (stv. Vorstandsvorsitzender) berichtet, dass die Kassenärztliche Vereinigung Bremen (KVHB) unter dem Namen „Gesundheitshaven“ eine hausärztliche Versorgung in Bremerhaven aufbauen möchte. Aufgrund des aktuellen Ärztemangels bei den Hausärzt:innen und den Kinder- und Jugendmediziner:innen stehen diese beiden Berufsgruppen im Fokus. Aber auch Ärzt:innen aus anderen Fachbereichen, in denen eine Unterversorgung droht, oder auch aus den Fachdisziplinen, in denen bedarfsplanerisch Versorgungsaufträge frei sind, könnten einbezogen werden.

Herr Josenhans berichtet, dass das Honorar für die Ärzt:innen normal abgerechnet werden kann. Daneben gibt es eine zusätzliche Förderung von den Krankenkassen. Die Ärzt:innen werden von der KVHB angestellt und sollen so motiviert werden, später einmal in die Selbstständigkeit zu gehen. Die Gewinnung von Ärzt:innen soll mit einer Förderung/einem Zuschuss durch die KVHB möglich gemacht werden. Alles was über die übliche Fallzahlmenge einer vergleichbaren Praxis versorgt wird, wird zusätzlich vergütet. Daneben wird ein Zuschlag gezahlt. Dieses Geld wird zur Hälfte verwendet, um die sonstigen Kosten des „Gesundheitshaven“ zu decken, z. B. auch, um die Einrichtung weiter zu entwickeln. Die andere Hälfte des Zuschlags geht in einen Fonds, der für die Ärzt:innen angelegt wird, die diesen erwirtschaftet haben. Wenn die Ärzt:innen zu einem späteren Zeitpunkt die Praxis übernehmen möchten, dann ist dieses Geld für die Übernahme der Praxis gebildet und ist ein zusätzliches Startkapital zu den Förderungen, die durch die KVHB ohnehin zur Verfügung gestellt werden.

Erste Immobilien wurden bereits besichtigt. Eine Festlegung auf einen Standort gibt es Stand heute allerdings noch nicht.

Ab März 2025 geht die KVHB auf die Suche nach Ärzt:innen und medizinischen Fachangestellten.

Wenn ein Standort und das genaue Startdatum feststehen, bietet Herr Josenhans an, wieder im Gesundheitsausschuss vorzusprechen.

Eröffnet werden soll die Einrichtung im Herbst 2025. Zur Eröffnung freut sich Herr Josenhans, die Ausschussmitglieder begrüßen zu können.

Anschließend gibt es Wortmeldungen. Herr StV Freemann (FDP) weist auf die erfreuliche Entwicklung für die Bürger:innen und die Stadt Bremerhaven hin, wodurch die Gesundheitssituation in Bremerhaven verbessert wird.

Herr StV Hoffmann (SPD) bietet an, dass die Koalitionäre bei der Suche nach geeigneten Räumlichkeiten unterstützen könnten.

Herr Josenhans teilt darüber hinaus mit, dass der ärztliche Bereitschaftsdienst der KVHB am 15.02.2025 vom Standort Mitte ins Klinikum Bremerhaven-Reinkenheide gezogen ist. Zu finden ist der ärztliche Bereitschaftsdienst im Eingangsbereich hinter der Information in unmittelbarer Nähe zur Zentralen Notaufnahme. Die Zusammenarbeit mit dem Klinikum Bremerhaven Reinkenheide gestaltet sich sehr positiv.

Die Präsentation ist als Anlage beigefügt.

Die Ausschussvorsitzende bedankt sich bei Herrn Josenhans für die ausführliche Vorstellung und die guten Neuigkeiten für Bremerhaven.

**6. Organisationsentwicklung innerhalb des Gesundheitsamtes, hier: GA 3/2025
Präsentation eines detaillierten Umsetzungskonzeptes durch die PD -
Berater der öffentlichen Hand GmbH**

Frau Dr. Huber (PD) stellt das detaillierte Umsetzungskonzept der Organisationsentwicklung innerhalb des Gesundheitsamtes Bremerhaven vor.

Herr Dr. Ackermann (Amtsleiter) dankt allen Mitarbeiter:innen des Gesundheitsamtes, die sich die Mühe und die Arbeit gemacht haben, den Prozess der Organisationsentwicklung aktiv mit zu begleiten und sich an der Erstellung des Konzepts beteiligt haben. Zu dem weist er darauf hin, dass der Tausch von 3,0 VZÄ gegen 3,244 VZÄ bedeute, dass es entgegen der Empfehlung der PD zu keinem Personalaufbau im Gesundheitsamt Bremerhaven komme. Die Gesundheitsberichterstattung ist zwingend auszubauen um künftig über valide Zahlen zu verfügen und damit über eine bessere Steuerungsmöglichkeit zu verfügen. Darüber hinaus ist die Qualitätsmanagementstelle wichtig, da diese Stelle den weiteren Umsetzungsprozess der Organisationsentwicklung voranbringen und evaluieren soll.

Herr StV Freemann (FDP) weist darauf hin, dass die Organisationsentwicklung im Gesundheitsamt zwingend notwendig war und es nunmehr erforderlich ist, die Ergebnisse auch umzusetzen, dies sei auch bei den Koalitionären angekommen. Trotz großer Herausforderungen im städtischen Haushalt kann mit dem vorliegenden Beschluss die Realisierung starten und ein großer Teil der Organisationsentwicklung umgesetzt werden.

Herr Zager (Personalrat) dankt ausdrücklich dem Personal im Gesundheitsamt für den besonderen Einsatz im Rahmen der Erarbeitung der Organisationsentwicklung.

Die Ausschussvorsitzende teilt mit, dass sich in die Vorlage ein redaktioneller Fehler eingeschlichen hat, auf Seite 3 der Vorlage GA 3/2025, ganz unten heißt es, „davon 3,0 auf der Grundlage des ÖGD Paktes finanzierbare Stellenanteile“ korrekt sind es aber nur 2,75 VZÄ. Der gleiche Fehler findet sich auch im Beschlussvorschlag auf Seite 5 der Vorlage. Mit dieser Änderung wird folgender Beschluss gefasst:

Der Gesundheitsausschuss erkennt die grundsätzliche Notwendigkeit an, dass es zusätzlicher Stellen in einem Umfang von 7,25 bedarf, damit ein Gesundheitsamt der Zukunft etabliert werden kann. Der Ausschuss begrüßt, dass das Amt alle Möglichkeiten ausgeschöpft hat, damit die personellen Mehrbedarfe zu einem Teil durch Stellenstreichungen kompensiert werden können.

Der Gesundheitsausschuss beschließt folgende 3,0 unbefristete überplanmäßig anerkannte Bedarfe:

- **1,0** Stabsstelle Qualitätsmanagement und Controlling (EG 12/13, vorbehaltlich Bewertung)
- **0,25** Sachbearbeitung für ein rollenbasiertes Schulungs- und Fortbildungskonzept/Personalentwicklung (EG 11, vorbehaltlich Bewertung)
- **0,5** Stabsstelle Gesundheitsberichterstattung (EG 12/13, vorbehaltlich Bewertung)
- **1,25** Sozialpädagog:innenstellen für den Krisendienst (EG S14, vorbehaltlich Bewertung)

Darüber hinaus bittet der Ausschuss darum, dass ihm für folgende insgesamt 4,25 Stellen Stellenplananträge im Zuge der Stellenplanberatungen für den Haushalt 2026/2027 zur Entscheidung vorgelegt werden:

- **0,5** Stabsstelle Gesundheitsberichterstattung (EG 12/13, vorbehaltlich Bewertung)
- **0,75** Sozialpädagog:innenstelle für den Krisendienst (EG S14, vorbehaltlich Bewertung)
- **1,0** Stabsstelle Koordination und Prävention (EG 12, vorbehaltlich Bewertung)
- **1,0** Sachgebietsleitung in der Verwaltungsabteilung (EG 11, vorbehaltlich Bewertung)
- **1,0** Sachbearbeitung in der zentralen Informationsstelle zur Verbesserung der allgemeinen Erreichbarkeit/Ausweitung von Öffnungszeiten (EG 5, vorbehaltlich Bewertung)

Aufgrund der prekären aktuellen Haushaltslage werden - entgegen der Empfehlung der PD - zur anteiligen Finanzierung folgende 3,244 aktuell im Gesundheitsamt unbesetzte Stellenanteile (davon 2,75 auf der Grundlage des ÖGD-Paktes finanzierbare Stellenanteile) gestrichen:

- 0,75 Ärzt:innenstelle (EG 14/15), Abteilung „Infektionsschutz und umweltbezogener Gesundheitsschutz“ (53/3) – ÖGD-Pakt-Stelle
- 1,0 Ärzt:innenstelle (EG 14/15), Abteilung „Kinder- und Jugendgesundheitsdienst“ (53/4) – ÖGD-Pakt-Stelle
- 1,0 Stelle „Koordination Frühe Hilfe“ (EG P7a), Abteilung „Kinder- und Jugendgesundheitsdienst“ (53/4) – ÖGD-Pakt-Stelle
- 0,494 Stelle „Medizinisch-technische Assistent:in“ (EG 9a), Abteilung „Amtsärztlicher Dienst und sozialmedizinischer Dienst für Erwachsene“ (53/2)

Der Personal- und Organisationsausschuss wird um entsprechende Beschlussfassung gebeten.

Außerdem wird das Gesundheitsamt beauftragt, die Sachkosten in Höhe von 185.200 € im Rahmen der jeweiligen Haushaltsaufstellung für die Jahre 2025, 2026 und 2027 einzuwerben.

Die Vorlage wird mit einer Enthaltung von Herrn StV Schumacher (WfB) beschlossen.

Die Ausschussvorsitzende dankt Frau Dr. Huber für die Vorstellung des Konzeptes.

7. ÖGD-Pakt Digitalisierung: aktueller Projektstand

GA 4/2025

Der Gesundheitsausschuss nimmt den aktuellen Projektstand des ÖGD-Pakt-Projektes Digitalisierung zur Kenntnis.

8. Einladungen zu Schuleingangsuntersuchungen mehrsprachig verfassen hier: Vorstellung der Prüfung und Kostenermittlung bezüglich des in der Sitzung des Gesundheitsausschusses am 11.09.2024 beschlossenen Änderungsantrages der SPD, CDU und FDP zum entsprechenden Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN + P

GA 5/2025

Herr Dr. Ackermann (Amtsleiter) teilt mit, dass die Einladung zur Schuleingangsuntersuchung mittels künstlicher Intelligenz in mittlerweile 10 Sprachen übersetzt wurde und es werden noch weitere folgen. Die Einladung zur Schuleingangsuntersuchung wird weiterhin auf Deutsch verfasst sein. Auf der Einladung wird ein QR-Code hinterlegt, welcher gescannt werden kann. Über diesen Code wird man auf eine Internetseite geleitet, auf der das Schreiben in der entsprechenden Sprache angezeigt werden kann. Kosten sind hierfür nicht entstanden.

Herr StV Freemann (FDP), bedankt sich für die schnelle Umsetzung.

Herr StV Baumann-Duderstaedt (Bündnis 90/DIE GRÜNEN + P) erkundigt sich, ob für die ca. 830 Menschen in Bremerhaven, die Dari Farsi sprechen, auch eine Übersetzung möglich wäre. Die Ausschussvorsitzende teilt mit, dass dies im Gesundheitsamt überprüft wird. Sollte es Probleme geben, kommt sie noch einmal auf die Angelegenheit zurück.

Der Gesundheitsausschuss beschließt einstimmig, dass der Prozess der Schuleingangsuntersuchung möglichst ab dem Schuljahr 2025/2026 von den Betroffenen durch Nutzung eines QR-Codes mehrsprachig aufgerufen werden kann.

9. Anträge/Anfragen

Keine.

10. Verschiedenes

Keine.

Vorsitzende

Schriftführerin

A. Toense
Stadträtin

Huwig

Anlage:
Präsentation Haven Hospiz
Präsentation Gesundheitshaven